

Anlage 1



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus

Kleiststr. 10, 65232 Taunusstein
Tel.: 06128 / 246712
E-Mail: SPD-FraktionRTK@t-online.de
Fraktionsvorsitzender: Georg A. Mahr

02. März 2017

Sehr geehrter Herr Willsch,

bitte lassen Sie in der nächsten Kreistagssitzung unter TOP III.13 den nachstehenden geänderten Antrag der SPD-Fraktion beraten.

Mit freundlichen Grüßen

Georg A. Mahr

Antrag: UNESCO Biosphärenregion Rheingau-Taunus/Wiesbaden/Mainspitze

Der Kreistag begrüßt die Diskussion zur Ausweisung einer UNESCO-Biosphären-Region in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dazu zählt die Initiative aus den Reihen der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, gemeinsam mit dem Rheingau-Taunus-Kreis, dem Main-Taunus-Kreis, dem Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus und der Hessischen Landesregierung zur Realisierung eine Machbarkeitsstudie anzustreben.

Der Kreisausschuss wird beauftragt,

- 1) mit dem Main-Taunus-Kreis, der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Hessischen Landesregierung eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten
- 2) den Mitgliedern des Kreistages die Beschlüsse und Materialien des Kreistages/der Kreisverwaltung zur Biosphärenregion aus den Jahren 2012-2015 zur Verfügung zu stellen.
- 3) mit dem Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus, dem Zweckverband Rheingau, dem Verein Regionalentwicklung Untertaunus e.V., dem Verein Regionalentwicklung Rheingau e.V. und dem Landschaftspflegeverband eine Organisationsstruktur für die Entwicklung einer Biosphärenregion zu erarbeiten
- 4) durch die Regionalen Entwicklungskonzepte, in denen die Biosphärenregion in die Projektlisten aufgenommen wurde, bei den kommunalen Entscheidungsträgern dafür zu werben.

Begründung:

Bereits im Jahr 2012 hat sich der Kreistag für die Entwicklung des Rheingau-Taunus-Kreises zu einer Biosphärenregion mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und Teilen des Main-Taunus-Kreises ausgesprochen. Ziel ist eine Biosphärenregion, die Vorstellungen und Lösungen zu Fragen einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung zwischen urbanen und ländlich geprägten Räumen darstellt. Nachdem die

Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Mitwirkung in Frage gestellt hatte, hat nun die Stadtverordnetenversammlung doch eine Mitwirkung daran beschlossen.